



Drucksachen-Nr.: **2019/420/A**  
**Art der Drucksache:** Antrag  
**Betreff:** **Ergänzung Geschäftsordnung**  
**Einreicher:** Fraktion AfD  
**Datum:** 11.11.2019  
**Beratungsfolge:**  
Stadtrat 04.12.2019

## **Antragstext:**

Lesbarkeit statt Genderwahn: Für eine Umformulierung der Geschäftsordnung des Weimarer Stadtrates in die männliche Form.

Der Stadtrat beschließt:

Die Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Weimar wird, um die Lesbarkeit zu erhöhen, im generischen Maskulinum und Femininum geschrieben.

## **Begründung:**

Derzeit weist die Geschäftsordnung des Stadtrats der Stadt Weimar ein Kuriosum auf: Sie ist vollständig in der weiblichen Form erstellt worden. So ist von der „Oberbürgermeisterin“ ebenso die Rede, wie von „Hospitantinnen“ und „Fraktionsmitarbeiterinnen“. Durch die Entscheidung, die Geschäftsordnung vollständig in weiblicher Form zu erstellen, wird die Lesbarkeit jedoch eingeschränkt. Der Leser ist angehalten, der Frage, warum der Oberbürgermeister Peter Kleine als Oberbürgermeisterin bezeichnet wird, mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als den Inhalten des Textes. Ein ähnliches Vorgehen wählte auch die Universität Leipzig, die ihre Grundordnung in der weiblichen Form erstellte.

Eine Geschäftsordnung ist ungeeignet, um Genderexperimente durchzuführen. Sie dient der Darlegung der Regelungen, die einen systematischen Ablauf der Arbeit des Stadtrates ermöglichen.

Die gewählte Form der Sichtbarmachung allein des weiblichen Geschlechts soll vermutlich das Gegenstück zur ansonsten üblichen durchgehenden Verwendung der männlichen Form der Ansprache sein. Eine tatsächliche Besserstellung von Frauen und vor allem Müttern wird jedoch über derartige Maßnahmen nicht erreicht. Die politische Partizipation von Frauen scheitert nicht selten an den zeitlichen Erfordernissen der politischen Arbeit, die mit der Erwirtschaftung des Lebensunterhalts und der Familienarbeit nur schwer in Einklang zu bringen sind. Das gilt insbesondere für die politische Arbeit von Frauen in der Kommune.

Auch das raue politische Klima, das nicht selten vor Bedrohungen und Anschlägen keinen Halt macht, schreckt Frauen tendenziell von der politischen Arbeit ab. Die bloße Nutzung von weiblichen Sprachformen löst weder diese Probleme, noch trägt sie dazu bei, eine Gleichstellung der Geschlechter in der politischen Partizipation zu befördern. Sie ist vielmehr ein Feigenblatt, um die Frage nach der tatsächlichen Notwendigkeit etwa einer verbesserten Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat nicht stellen zu müssen.

**Beschluss**  
**Datum**  
**Unterschrift Oberbürgermeister**

**abgelehnt (3 Ja/ 32 Nein/ 2 Enthaltungen)**  
**04.12.2019**  
gez. Kleine